



Vor Ort

19. Jahrgang. Mai 2010



Film	»Lychener 64« im Kino	07
Filmstadt	Weißenseer Erinnerungen	09
Filmkulisse	Stadtbad steht zum Verkauf	10

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe im Fall ihrer Veröffentlichung zu kürzen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die mit dem Namen des Autors gekennzeichneten Beiträge geben nicht immer die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Energieberatung Prenzlauer Berg

Schönhauser Allee 63; ☎ 44 04 25 68
www.energieberatung-pb.de
Email: info@energieberatung-pb.de

Kieztreff Gleimviertel

Kopenhagener Straße 50,
Dienstag und Mittwoch 15 bis 20 Uhr,
Samstag 10 bis 15 Uhr, ☎ 44 12 459,
Email: kieztreff@gleimviertel.de

BSR-Recyclinghof

Prenzlauer Berg: Behmstraße 74
Heinersdorf: Asgardstraße 3
Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr;
Samstag 7 bis 14.30 Uhr

»Vor Ort« im Internet

www.mieterberatungpb.de

»Städtebauer« im Kollwitzkiez

Unter dem Motto »Wir bauen eine Stadt« findet auf dem Abenteuerlichen Bauspielplatz Kolle 37 das



©ASP Kolle 37

6. Hüttenbaufestival statt. Vom 26. April bis 26. Juni sind Kinder im Alter von sechs bis sechzehn Jahren dazu eingeladen, sich den Spielraum nach eigenen Ideen zu gestalten. Eine Gesamtfläche von rund 650 m² lässt es zu, 25 Hütten mit einer maximalen Grundfläche von 2,50 mal 2,50 Meter zu errichten. Alles was zum Bauen einer Hütte nötig ist, wird bereitgestellt: Spaten, Hammer, Kuhfuß, Sägen, Nägel und Holz. Die Pädagogischen Mitarbeiter des Kolle 37 stehen als Unterstützer und Ratgeber zur Verfügung. Zur Halbzeit findet traditionell das Richtfest statt. In der letzten Bauwoche werden noch Einrichtungsgegenstände angefertigt, es wird gemalt und großreinegemacht. Am 26. Juni werden zum 20jährigen Geburtstag des Abenteuerlichen Bauspielplatzes die einzelnen Hütten prämiert. Der krönende Abschluss des Festivals wird die Übernachtung in der eigenen Hütte sein. Neben dem Hüttenbau können sich die Kinder auch an den bestehenden Angeboten Filzen, Korbflechten, Feuermachen, Töpfern, Akrobatik, Bak-

ken, Klettern, Schnitzen, Nähen, Bogenschießen und Schmieden ausprobieren.

Die Anmeldung erfolgt über ausliegende Flyer. Die Teilnahme am Hüttenbaufestival kostet fünf EUR. Da der Teilnahmebeitrag nicht die Kosten deckt, wird um weitere Unterstützung gebeten. Der Abenteuerliche Bauspielplatz befindet sich in der Kollwitzstraße 35 in Prenzlauer Berg. Weitere Infos unter ☎ 44 28 122 oder www.kolle37.de.

Öffentliche Diskussion

Das Zentrenkonzept für den Bezirk Pankow aus dem Jahre 2005 wird jetzt aktualisiert. Dafür werden die zwischenzeitlich errichteten Einzelhandelsgeschäfte und andere für die Zentren relevante Nutzungen erfasst und ihr Einfluss auf die zentralen Versorgungsbereiche geprüft. Auch andere aktuelle Planungen sollen einfließen. Das Zentrenkonzept des Bezirks wird Teil der Bereichsentwicklungsplanung (BEP) und durch die BVV beschlossen.

In einer öffentlichen Veranstaltung am 19. Mai werden die Analyseergebnisse vorgestellt und Konzeptansätze diskutiert. Sie findet zwischen 16 und 18 Uhr im BVV-Saal im Haus 7 auf dem Bezirksamtsgelände Prenzlauer Berg in der Fröbelstraße 17 statt. Dazu ist jeder Interessierte herzlich eingeladen.

Weitere Informationen stehen ab 10. Mai auch auf der Internetseite des Bezirks Pankow (www.berlin.de/ba-pankow) zur Verfügung.

Geld für Selbsthelfer

Für ehrenamtliche Initiativen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in Pankow stehen in diesem Jahr 59.000 EUR zur Verfügung. Die Anträge müssen bis 15. Mai im Büro des Bezirksbürgermeisters im Rathaus Pankow, Breite Straße 24A-26 eingegangen sein. Besondere Berücksichtigung finden Maßnahmen in Eigenleistung, die Einrichtungen wie Schulen und Horte, Sportflächen, Kitas, Jugendclubs, Spielplätze, Senioren- und Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffs, Straßen und Plätze sowie Grünflächen betreffen. Gefördert werden vorrangig Renovierungen, Reparaturarbeiten, Pflanzungen und ähnliche Aktivitäten, für die notwendige Sachmittel bereitgestellt werden. Die Mittel müssen unter Angabe von Zweck, Art, Umfang, Zeitrahmen und Kosten beantragt werden.

Stadtrat vor Ort

Im Container der Schau-stelle auf dem Garbáty-Platz in Pankow bietet der Stadtrat für Öffentliche Ordnung und Verkehr, Jens-Holger Kirchner, öffentliche Sprechstunden unter anderen zum Straßenbaugeschehen, zur bevorstehenden Parkraumbewirtschaftung in Prenzlauer Berg, zu Schankvorgärten und zur Umweltzone an. Kirchner ist jeweils mittwochs am 12. Mai, 2., 9., 16., 23. und 30. Juni von 16 bis 17 Uhr sowie am 26. Mai von 14 bis 15 Uhr vor Ort. Eine Anmeldung zur Sprechstunde ist nicht notwendig.



©Hartmut Seefeld

An Berlins berühmtester Currywurstverkaufsstelle herrscht permanenter Andrang.

Imbiss auf Wanderschaft

»Konnopke« muss in diesem Jahr in die Sommerferien **Von Hartmut Seefeld**

Wenigstens die »Konnopke-Linde« bleibt stehen, zumindest darüber scheint Klarheit zu herrschen. »Das hat mir der Pankower Bürgermeister kürzlich versprochen«, erzählt Waltraut Ziervogel, seit 1976 Inhaberin der Würstchenverkaufsstelle Konnopke. Der Baum direkt gegenüber ihrem Kiosk steht dort noch nicht allzu lange, Ziervogel hatte ihn gespendet. Nun wollte die BVG das gute Stück fällen, zusammen mit 59 anderen Linden neben der U-Bahntrasse in der Schönhauser Allee. Aber das scheint wohl vom Tisch zu sein. Im Gegensatz zu anderen Fragen.

Seit die BVG im vergangenen Jahr damit begonnen hat, die Hochtrasse der U2 einer Sanierung zu unterziehen, rankt sich die zentrale Frage dabei nicht so sehr um die Beeinträchtigungen im Nahverkehr, auch nicht um die Lärmbelastungen. Einzig die Zukunft von »Konnopke's-Imbiß« unter dem U-Bahnviadukt an der Ecke Schönhauser, in dem seit 1960 Currywurst mit roter Geheimrezeptsoße und andere deftige Leckereien verkauft werden, bindet seit

Monaten die Arbeitskraft von Anwälten, Beamten, Politikern, Ingenieuren, Journalisten, Stadtplanern und Denkmalschützern. »Es war 2007, als wir Frau Ziervogel erstmalig über die geplante Sanierung des Viadukts und die daraus resultierenden Konsequenzen in Kenntnis setzten«, erinnert sich der Stadtrat für Öffentliche Ordnung, Jens-Holger Kirchner. Ärgster Feind für die kultige Würstbude ist das Sandstrahlverfahren, mit dem die BVG dem fast hundertjährigen Stahl des »Magistratsschirms« zu Leibe rückt. »Beim Sandstrahlen werden Farbpartikel frei, das ist hoch toxisch«, weiß der Stadtrat. Und darum muss das Würsthaus für die Dauer der Bauarbeiten schließen. »Mindestens sechs bis acht Wochen soll ich zumachen«, sagt Ziervogel. Zumachen heißt aber nicht, nur die Tür abzuschließen. Der kantige Aluminiumkiosk aus dem Jahre 1983 müsste eingeschweißt und mit einem Überdruckaggregat ausgestattet werden, damit dort auch nach der U-Bahnsanierung noch Wurst verkauft werden kann. Die BVG würde das

50.000 EUR kosten. Nicht nur wegen der umstrittenen Ästhetik des Hauses würde sie die Summe lieber auf Ziervogels Konto überweisen und den Kiosk abreißen. Mehrere neue Standorte wurden der Inhaberin bereits ans Herz gelegt, denn niemand möchte ja auf Konnopke verzichten, wo schon Kanzler Gerhard Schröder einst dort diniert haben soll. Doch die 74jährige, die nicht zu Unrecht stolz darauf ist, die Nazizeit, die DDR-Jahre und nun auch schon viele Jahre Marktwirtschaft als Geschäftsfrau unbeschadet überstanden zu haben, wollte partout nicht weichen. »Mein Kiosk hat Zeit meines Lebens Bestandsschutz, ich will hier noch mit 105 Jahren Currywurst verkaufen«, lautete die einzig gültige Devise. Die galt bis zum 26. April. An jenem Tag haben ihre neuen Anwälte per Brief, mail und Fax dem Bezirksamt einen neuen Vorschlag unterbreitet. Gegen Zahlung von 100.000 EUR und die Genehmigung eines neuen Standorts 30 Meter weiter nördlich sowie eine zehnjährige Vertragssicherheit für Ziervogel Junior als künftiger Betreiber würde man den alten Kiosk räumen. Für Stadtrat Kirchner ist das »ein verhandlungsfähiges Angebot, auch wenn Frau Ziervogel mit ihrer Blockadehaltung Monate ins Land streichen ließ«. Tatsächlich ist die Terminkette sehr eng. Bis Mitte Juni muss Klarheit herrschen, denn dann will die BVG sandstrahlen. Soll der Imbiss tatsächlich an anderer Stelle in Betrieb gehen, kann es bis September dauern, ehe die Neueröffnung gefeiert werden kann. Schließlich muss ein modern-nostalgischer Kiosk gebaut und eine Baugenehmigung beantragt und erteilt werden. Das Procedere kann sich bis September hinziehen. Trotz der maximal 25.000 EUR, die Frau Ziervogel von der Senatsverwaltung für Wirtschaft für ihre Umsatzauffälle als Zuschuss erwarten könnte, wäre eine monatelange Schließung für viele Currywurstliebhaber aus dem In- und Ausland eine Katastrophe. Einzig die Chefin dürfte dabei halbwegs gut über die Runden kommen. In einem Interview gestand sie kürzlich: »Currywurst esse ich nur, wenn mir richtig kalt ist. Sonst mag ich Wiener viel lieber«.

Schrittweise zum Ziel

Maria Berning: »Im Ergebnis der Stadterneuerung sind in den 22 Sanierungsgebieten Berlins, die jetzt schrittweise aufgehoben werden, 55.000 Wohnungen modernisiert worden, und die Zahl der Gebietsbewohner ist um fast ein Drittel gewachsen«.

Als im Herbst 1993 im Rahmen des Ersten Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramms in den östlichen Bezirken die ersten fünf von insgesamt 17 Sanierungsgebieten festgelegt wurden, sprach der damalige Bausenator Wolfgang Nagel von einer Herkulesaufgabe. Die gelte es zu schultern, um in der wiedervereinten Hauptstadt nach und nach annähernd gleiche Wohn- und Lebensverhältnisse zu schaffen. Vom Senat wurde dafür ein Zeitraum von 15 Jahren veranschlagt, der sich jetzt mit der schrittweisen Aufhebung der Sanierungsgebiete seinem Ende nähert. Welche Ergebnisse sind aus Ihrer Sicht besonders hervorhebenswert?

Das Stadterneuerungsprogramm, das Berlin damals sehr schnell und, wie sich schon bald zeigte, erfolgreich auf den Weg brachte, ist in seiner Dimension einzigartig in Europa. In der ersten Phase ging es vordringlich um den Erhalt und die Sanierung der von zunehmendem Verfall gezeichneten gründerzeitlichen Wohnsubstanz. Städtebauliches Leitbild war von Beginn an, die Innenstadt als Wohn- und Lebensort zu stabilisieren und die Stadtteilzentren zu stärken. Inzwischen sind in den 22 Sanierungsgebieten, von denen sich 17 im Ostteil Berlins befinden, 53.000 Altbauwohnungen instandgesetzt und modernisiert worden, das entspricht einem durchschnittlichen Sanierungsstand von 80 Prozent und unterstreicht den wohnungspolitischen Erfolg der Stadterneuerung. Etwa die Hälfte der Wohnungen ist mit öffentlicher Förderung erneuert worden. Das Förderprogramm »Soziale Stadterneuerung« war mit langfristigen Belegungs- und Mietpreisbindungen verbunden, um sowohl die Umsetzung sanierungsbetroffener Mieter in bereits sanierte Wohnungen zu ermöglichen als auch sozial verträgliche Mieten zu gewährleisten. Zur Begleitung dieses Prozesses waren bzw. sind Mieterberatungsgesellschaften

mit der Durchführung von Sozialplanverfahren beauftragt. Ab 2000 richtete Berlin angesichts des fortgeschrittenen Standes bei der Erneuerung von Wohnungen sein Engagement in den Sanierungsgebieten dann konsequent auf die Stärkung der sozialen Infrastruktur, wie Schulen, KiTas und Kultureinrichtungen, sowie auf die Verbesserung des Wohnumfelds aus. Die städtebauliche Aufwertung der Quartiere hat inzwischen zu einem verstärkten Zuzug junger Familien und zu einer hohen Wohnungsnachfrage geführt. Insgesamt ist in den Sanierungsgebieten die Einwohnerzahl zwischen 1993 und 2008 um ca. 29 Prozent, also um fast ein Drittel gestiegen. Für sehr erfreulich halte ich auch die rege Bürgerbeteiligung an der Stadterneuerung, was die Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier deutlich stärkt. Es gibt bewährte Beteiligungsverfahren, die Standard geworden und nicht mehr wegzudenken sind.

Wie viel Geld hat Berlin eigentlich in die Entwicklung der 17 Sanierungsgebiete in den östlichen Bezirken investiert, und wie viel ist noch vorgesehen?

Bisher sind das mehr als 1,7 Milliarden Euro, wovon 879 Millionen für die Förderung der Wohnungsmodernisierung eingesetzt worden sind. Weitere 116 Millionen Euro sind ab 2009 für Infrastrukturmaßnahmen vorwiegend in den Bereichen Schule, Wohnumfeld und öffentlicher Raum geplant. Zur Finanzierung nutzen wir die entsprechenden Städtebauförderprogramme des Bundes und der Europäischen Union sowie in zunehmendem Maße auch Einnahmen im Zusammenhang mit der Erhebung von Ausgleichbeträgen. Vom Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz« zum Beispiel profitiert in

besonderem Maße auch der Bezirk Pankow, wo es inzwischen drei Gebiete gibt, deren stadthistorisch bedeutsame Strukturen mit Mitteln aus diesem Programm erhalten werden sollen.

Wie sieht denn der aktuelle Zeitplan für die Aufhebung der noch bestehenden sechs Sanierungsgebiete im Bezirk Pankow aus?

Der Zeitplan wird von uns jährlich im Zusammenhang mit der Zusammenfassung der Kosten- und Finanzierungsübersichten überprüft. Ein wesentliches Kriterium für die Aufhebung einer Sanierungssatzung ist der Stand der Realisierung der mit dem Bezirk abgestimmten Ziele. Denn eine



Zur Person

Maria Berning (51), Leiterin des Referats Stadterneuerung und Städtebauförderung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (seit 2006); geboren in der Nähe von Münster (Westfalen); 1978 bis 1983 Studium der Stadtplanung an der Technischen Universität Berlin; Städtebaureferendariat in Berlin, seit 1985 als Stadtplanerin tätig.

Gemeinde kann eine einmal begonnene Sanierungsmaßnahme nicht beliebig abbrechen. Hauptkriterium ist die wesentliche Gebietsverbesserung. Generell gilt, dass das städtebauliche Sanierungsziel erreicht ist, wenn in einem Gebiet die geplanten Maßnahmen auf etwa 70 Prozent der Grundstücke durchgeführt und die wesentlichen Infrastrukturprojekte realisiert worden sind. Auf dieser Grundlage wurde Anfang 2009 im Bezirk Pankow ja als erstes das Sanierungsgebiet Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg aufgehoben. Als nächstes wird in diesem Jahr noch



©Alexej Brykowski

Viele Kreuzungen in den Sanierungsgebieten müssen, wie hier die Raumer-/ Göhrener Straße, noch umgebaut werden.

vor der Sommerpause das Komponistenviertel in Weißensee aus der Sanierung entlassen, nachdem auch dort abschließende Ziele, wie ein Sporthallenneubau und eine Turnhallensanierung, auf den Weg gebracht worden sind. Auf Ersuchen des Bezirksamts Pankow haben wir auch überprüft, inwieweit die Sanierungsziele in den beiden großflächigen Gebieten Helmholtzplatz und Teutoburger Platz noch im ursprünglich vorgesehenen Sanierungszeitraum realisiert bzw. gesichert werden können. Dabei sind wir zu dem Schluss gekommen, dass im Gebiet Helmholtzplatz, wo die Sanierungsziele derzeit erst zu 59 Prozent erfüllt sind, der Sanierungszeitraum um zwei Jahre bis 2012 verlängert werden soll. Gleiches gilt, wenn auch aus anderen Gründen, für das Sanierungsgebiet Teutoburger Platz. Dort braucht der Bezirk mehr Zeit, die Finanzierung von baubegleitenden Maßnahmen wie Planung und Projektsteuerung im Rahmen des Programms »Städtebaulicher Denkmalschutz« sowie die Bürgerbeteiligung zu sichern. Um ein Jahr, das heißt bis 2011, wird auch die Aufhebung des Sanierungsgebiets Winsstraße verschoben, da dort die Umsetzung wichtiger Ziele, wie ein Turnhallenbau sowie der Grundstückserwerb für die Gestaltung einer

öffentlichen Grünanlage, noch aussteht. Ebenfalls für 2011 ist die Aufhebung des Sanierungsgebiets Wollankstraße im Ortsteil Pankow vorgesehen.

Das Bezirksamt Pankow hat auch um die Verlängerung des Sanierungszeitraums im Gebiet Bötzowstraße gebeten, weil dort ebenfalls noch dringender Handlungsbedarf bestehe. Welche Entscheidung ist da zu erwarten?

Die Prüfung dieses Antrags ist ebenfalls erfolgt. Sie hat ergeben, dass der Sanierungsstand im Bötzowviertel relativ hoch ist. Aus der noch ungesicherten Finanzierung eines seit langem geplanten Turnhallenneubaus und einer Kinderfreizeitanlage lässt sich die Notwendigkeit, den Sanierungszeitraum über das Jahr 2011 hinaus zu verlängern, nicht ableiten. Die vom Bezirk angeführten Probleme, die es ja bei einzelnen Projekten immer auch gibt, lassen sich unseres Erachtens im noch verbleibenden Sanierungszeitraum lösen.

Stadterneuerung, in welchem Rahmen auch immer, ist ja ein nie endender Prozess. So sind auf Beschluss des Senats jetzt in mehreren, vorwiegend im Westteil der Stadt gelegenen Wohnquartieren vorbereitende Untersuchungen zur möglichen Ausweisung neuer Sanierungsge-

biete vorgesehen. Der Bezirk Pankow hatte in diesem Kontext sechs Quartiere vorgeschlagen, darunter die Gebiete Langhansstraße in Weißensee, Humannplatz in Prenzlauer Berg sowie den Ortsteil Buch. Wie stehen deren Chancen?

Wir sehen das notwendigerweise mit Blick auf die gesamte Stadt. Zu unseren Entscheidungsgrundlagen gehört da nicht zuletzt das Soziale Monitoring, das heißt die Frage, in welchen Quartieren eine Intervention im Rahmen der Städtebauförderung besonders dringlich ist. In Pankow haben wir in Abstimmung mit dem Bezirksamt das Gebiet Humannplatz aufgrund seiner stadthistorischen Bedeutung schon im vorigen Jahr in das Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz« aufgenommen. Für dieses Quartier liegt jetzt auch ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept vor, das die Entwicklungsziele benennt und konkrete Projekte enthält. Das Quartier Humannplatz grenzt an das Sanierungsgebiet Helmholtzplatz, seine Entwicklung erfolgt also quasi in Ergänzung der Stadterneuerungskulisse im Rahmen des Leitbildes »Wohnen in der Innenstadt«.

Der Ortsteil Buch ist bereits seit 2002 formal ein Stadtumbau Ost-Gebiet, allerdings ohne den Einsatz von Fördermitteln. Jetzt ist das Gebiet aber in das Bund-Länder-Förderprogramm aufgenommen worden. Und was das Gebiet zu beiden Seiten der Langhansstraße mit seiner interessanten Mischung von Wohnen und Gewerbe betrifft, so besteht auch dort durchaus Handlungsbedarf. Doch das Quartier muss noch einmal genauer betrachtet werden. Aus Sicht der Städtebauförderung und der Stadtentwicklung ist es aktuell kein prioritärer Handlungsstandort. Derzeit konzentrieren wir uns auf dringende Erfordernisse im Ortsteil Prenzlauer Berg, der ja nahezu flächendeckend auch Stadtumbaugebiet ist mit dem Schwerpunkt »Innenstadt als Wohnort - Anpassung der Infrastrukturbedarfe«. Hier geht es jetzt vor allem um den möglichst zügigen Abbau des akuten Defizits an Schulplätzen.

Das Gespräch führte Albrecht Mollé.

Shared Space am Ende?

Von Martin Kasztantowicz, Sprecher Shared Space Initiative Blankenburg (SSIB)

Es ist in Berlin verdächtig ruhig geworden um das revolutionäre Verkehrskonzept des niederländischen Verkehrsplaners Klaus Monderman, der vor Jahren alle Verkehrszeichen aus einem vom Durchgangsverkehr überlasteten Ort entfernte, weil sich die klassischen Werkzeuge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit als wirkungslos erwiesen hatten. Erntete er damit zunächst nur Wut und Spott, erwies sich sein Pilotprojekt allerdings bald als so erfolgreich, dass es im Rahmen eines EU-Projekts auch in vielen anderen Städten und Gemeinden mit Erfolg ausprobiert wurde. In der Schweiz ist die weniger radikale Variante der »Begegnungszone« inzwischen zum Standard aktueller Stadt- und Verkehrsplanung geworden.

Grüne für Shared Space

Heute werden Mondermans Ideen von niemandem mehr als Spinnerei abgetan, trotzdem ist in Berlin die anfängliche Euphorie etwas verflogen. Die lokalen Shared-Space-Initiativen kommen nicht recht vom Fleck, BVV-Beschlüsse zur Errichtung von Pilotprojekten stecken fest, und im Abgeordnetenhaus setzen sich bisher nur die Grünen ebenso lautstark wie erfolglos für Shared Space ein. Woran liegt es also, dass ausgerechnet Berlin, Mekka aller Studenten, brodelndes Zentrum von Kultur und Kreativwirtschaft, bei diesem Thema eine derartige Behäbigkeit an den Tag legt? Die Gründe sind vielfältig und haben vielleicht auch damit zu tun, wie wir als Verfechter einer neuen grünen Mobilität versucht hatten, dieses Konzept in der Öffentlichkeit zu verkaufen.

Die Diskussion lief immer nach dem gleichen Schema ab: Erst hieß es: »Das wird nie funktionieren«. Als es dann doch funktionierte, hieß es: »Vielleicht funktioniert das in Holland, aber niemals in Deutschland«. Nachdem es im niedersächsischen Bohmte

funktionierte, hieß es: »Vielleicht funktioniert das ja auf dem Land, aber niemals in einer Metropole«. Und seit es in London funktioniert, bemängelt die Fachwelt: »Es ist aber noch nicht ausreichend wissenschaftlich erprobt«.

Schwarzer Peter bei Bezirken

Immerhin ist man im Berliner Senat inzwischen von der pauschalen Verteufelung des Konzepts abgerückt und hat die Bezirke um Benennung von Pilotstandorten für »Begegnungszonen« aufgerufen. Dort liegt jetzt der Schwarze Peter, und wegen fehlendem visionärem Elan, aus Angst vor dem Zorn der Bürger und mangelndem Leidensdruck der Anwohner war hier bisher weitgehend Endstation.

Nach Monderman ist für die Verkehrssicherheit nichts abträglicher als das Gefühl trügerischer Sicherheit. Im Umkehrschluss ist daher ein gewisses Maß an gefühlter Unsicherheit notwendig, um unsere Aufmerksamkeit im Straßenverkehr wachzuhalten. Auch wenn die meisten Menschen diesen Gedanken zumindest intellektuell noch nachvollziehen mögen, richtig begreifen kann man das nur durch eigenes Erleben an einem Ort wie Bohmte, wo für jeden Besucher unmittelbar spürbar wird, dass der §1 der Straßenverkehrsordnung, nämlich die Forderung nach gegenseitiger Rücksichtnahme, auch und gerade ohne Schilderwald funktionieren kann, wenn der öffentliche Raum nur entsprechend hergerichtet wird.

Vielfältige Irritationen

Solange wir hier also noch kein erfolgreiches Pilotprojekt haben, geht die intellektuelle Diskussion weitgehend ins Leere. Eltern fürchten verständlicherweise um ihre Kinder und fordern immer mehr Fußgängerampeln, obwohl seit Jahren stati-

stisch belegbar ist, dass gerade dort die schwersten Unfälle passieren, Blindenverbände organisieren eine fundamentalistische Kampagne gegen Shared Space, der Verband der Versicherer hetzte zumindest noch vor einem Jahr die Öffentlichkeit mit falschen Unfallzahlen auf, und der ADAC benutzt das Totschlagargument der Arbeitsplätze, weil angeblich der Wirtschaftsverkehr behindert werde. Auch manche Medien verbreiten Polemik. So rief beispielsweise 2009 die Berliner Zeitung dazu auf, Shared Space endlich zu beerdigen, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, dass sich tags zuvor im Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses eine Mehrheit von geladenen Fachleuten für die Einführung von Shared-Space-Zonen ausgesprochen hatte.

»Shared Space« auf dem Alex

Ist also Shared Space in Berlin am Ende? Keineswegs. Vielleicht werden wir die letzte Großstadt sein, die sich noch verzweifelt an die Dogmen klassischer Verkehrspolitik mit ihrem preußischen Regelungswahn und ihrer Auto-Fixiertheit klammert, aber den europäischen Trends wird sich auch Berlin auf Dauer nicht entziehen können.

Auf dem Alexanderplatz haben wir bereits »Shared Space« im Zusammenspiel mit der Straßenbahn, nur dass es noch niemand gemerkt hat, weil es nicht unter diesem provozierenden Titel verkauft wurde. Inzwischen gehören, außer in der Berliner Verwaltung, Kreisverkehre zum städtebaulichen Standardrepertoire. Und viele Gemeinden in Deutschland bauen ihre Innenstädte de-facto nach Shared-Space-Kriterien zu einem attraktiven Stadtraum auch für Fußgänger und Fahrradfahrer um, sie hängen das nur nicht an die große Glocke.

Im Herbst nächsten Jahres sind in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung, und vielleicht hat die Stadt dann doch noch eine Chance, das Ruder herumzureißen, um Berlin in der Verkehrspolitik vom Weltmeister der Bedenkenträger zu einer modernen Modellstadt zu machen.



©Sinofilm

Karsten nimmt Abschied von der Lychener Straße 64, wo er von 1984 bis 2006 seine Wohnung hatte.

Geld oder Wohnung

»Lychener 64« ist mehr als nur ein Film über Prenzlauer Berg **Von H. Seefeld**

Was macht ein Filmmacher, wenn er eine Modernisierungsankündigung für seine Wohnung im Briefkasten findet? Na klar, er greift zur Kamera und macht einen Film. Diesem natürlichen Reflex konnte sich auch der Mannheimer Jakob Rühle nicht entziehen, als er im Sommer 2005 in der Lychener Straße 64 ein solches Schreiben von seinem Vermieter zugestellt bekam. Gemeinsam mit Partnern machte er sich daran, seine Nachbarschaft bei ihren prompt einsetzenden Planspielen für eine neue Wohnzukunft in Bild und Ton zu begleiten. 20 Mietparteien gab es anfänglich in der maroden, 1903 gebauten Mietskaserne unweit des Helmholtzplatzes. Schon bald setzte der erste Exodus ein, ein Phänomen, das in hunderten Häusern zu erleben war, seit 1993 in Prenzlauer Berg die ersten Quartiere vom Senat als Sanierungsgebiete ausgewiesen wurden. Aber längst nicht jeder ergreift sofort die Flucht nach vorn. »Wenn man etwas hat, warum muss man das dann suchen«, fragte sich nicht nur Victor in seiner spartanischen Einraumwohnung. Auch Simone mit ihren sechs Papageien in der für die Vögel fußbodenbeheizten Zweiraum-

Dokumentarfilm: »Lychener 64«:

Länge: 83 Minuten
Produktion/Verleih: Sinofilm
Kamera/Regie: Jakob Rühle

Seit 22. April im Kino (www.sinofilm.de)

wohnung oder Altmietler Karsten, der nach 20 Jahren sein aufwändig hergerichtete Zuhause bedroht sah, wollten vor der anstehenden Sanierung nicht weichen. Rühles Film fängt wunderbar die Stimmungen in dem Haus ein, das Schwanken zwischen Kampfesmut und Angst, Trotz und Resignation, die anfängliche Hoffnung auf einen Irrtum, das spätere Zocken um eine möglichst hohe Abfindung, die mühsame Suche nach einer anderen Wohnung. Die gezeigten Bewohner sind aber, für ein Berliner Mietshaus eher untypisch, sozial außerordentlich homogen – keine Alten, keine Kinder, keine Ehepaare agieren vor der Kamera.

Es ist ein gewagter Spagat, wenn ein Dokumentarfilmer aus seiner persönlichen Betroffenheit

heraus seine Arbeit macht. Die große Nähe zu den Protagonisten ermöglicht zwar einzigartige Aussagen, die mangelnde Distanz verhindert aber auch einen objektiven Blick auf das viele bewegende Thema. Und so blendet Rühle, treu dem populären Motto »Wir werden alle vertrieben« verhaftet, in seinem Film so ziemlich alles aus, was dem Motto entgegensteht. Doch die Lychener 64 ist ein schlechtes Beispiel für Gentrifizierung. Elf Mietparteien haben mit Hilfe der vom Bezirksamt beauftragten Mieterberatung eine bereits modernisierte Wohnung im gleichen Kiez bekommen, für eine Einstiegsrente deutlich unter fünf EUR. Mindestens fünf weitere »64er« haben sich mit fünfstelligen Summen von bis zu 35.000 EUR vom Eigentümer (»Nur ein leeres Haus ist eine gute Baustelle«) rauskaufen lassen, und zwei sind nach einer vom Steuerzahler bezahlten Zwischenumsetzung in ihr altes neues Zuhause zurückgekehrt. Auch Regisseur Rühle ist mit staatlicher Hilfe nur eine Ecke weiter günstig versorgt worden. Der Film findet solche Fakten nicht erwähnenswert. Umsetzwohnungen fielen irgendwie vom Himmel, worüber vor allem jene Zuschauer staunen dürfen, deren Bruchbude in keinem Sanierungsgebiet steht, wo es keine vom Bezirk finanzierte Mieterberatung gibt, keine Umsetzwohnungen, keine Umzugshilfen und keine kostenlose anwaltliche Beratung. Dass es so etwas für die Bewohner der Lychener 64 gab, ignoriert der Film weitgehend. Vielleicht ist das alles in den 80 Stunden Filmmaterial verborgen und ging beim Schnitt des Films auf 83 Minuten Länge einfach nur verloren. Genau wie das Thema Rückzugsrecht, über das im Film so gut wie nichts zu sehen oder zu hören war. Stattdessen durfte die Mieterberaterin mit ihrer langjährigen Berufserfahrung den Film mit dem schönen Satz bereichern: »Niemand zwingt Sie ausziehen, aber Sie könnten gezwungen sein ausziehen«. Was sie damit meinte, konnte man einige Sequenzen später sehen, als die ersten leeren Wohnungen mit ohrenbetäubendem Lärm und atemraubender Staubwolke entkernt wurden und ein Wasserrohrbruch den Flur flutete.

Vom Verkehr verlassen

Baustellen kappen Pankows Wege ins Berliner Zentrum **Von Hartmut Seefeld**

Wenn in diesen Zeiten die Berliner S-Bahn zu einem Hoffnungsträger wird, dann muss schon eine ganze Menge passiert sein. In Pankow ist genau das jetzt geschehen. »Die S-Bahn darf auf keinen Fall ausfallen, wenn in diesem Sommer bzw. Herbst wegen der Sanierung des Magistratsschirms in der Schönhauser Allee die U-Bahn sowie die Straßenbahnen M1 und 50

ihre eigenen Baupläne für dieses Jahr. Demnach werden ab September jeweils am Wochenende Abschnitte der Ringbahn zwischen Ostkreuz und Schönhauser Allee stillgelegt, um am Bahnhof Frankfurter Allee ein elektronisches Stellwerk einzurichten. Betroffen davon sind neben der Ringbahn auch die S-Bahnlinien S8 und S9 nach Pankow. Die Fahrgäste sollen in dieser Zeit auf Busse im Schienenersatzverkehr umsteigen.

Per Bus sollen in den kommenden Wochen und Monaten auch die Nutzer der U-Bahn und der beiden Straßenbahnlinien M1 und 50 nach Pankow gelangen. Und zwar täglich. Doch im Gegensatz zu den Bahnen, die weit überwiegend ihren Fahrweg für sich allein haben, müssen Busse sich diesen mit anderen Autos teilen. Funktioniert das schon im Alltag oft nur leidlich, gerät das Unterfangen bei Straßenbaustellen leicht zur Farce. Eine besonders üppige Baustelle befindet sich seit Herbst vergangenen Jahres in der Berliner Straße zwischen Granitzstraße und Anger. Genau genommen ist der ganze knapp 400 Meter lange Abschnitt eine einzige Baustelle. Bis Mitte 2012 wird dort das Straßenland für insgesamt 11,3 Millionen EUR unterirdisch vollständig umgekrempelt. Derzeit sind vor allem die Wasserbetriebe vor Ort aktiv. Neben dem Austausch von bis zu hundert Jahre alten Leitungen wird für 1,9 Millionen EUR auch ein neuer Regenwasserkanal mit einem Durchmesser von 1,60 Meter gebaut, der den gesamten Straßenzug durchmisst. »Der Schacht wird mit einer Schildvortriebmaschine gebohrt, die täglich etwa neun Meter schafft«, erklärt der Bauleiter von der Strabag AG, Reinhard Hagen. Das Verfahren ermöglicht bislang eine zumindest teilweise Nutzung der Berliner Straße für den Verkehr. Doch von Juli bis Oktober wird die Straßenbahn in diesem Abschnitt stillgelegt, um neue Gleisanlagen und Fahrleitungen zu bauen.

Die Linie 50 pendelt in dieser Zeit entlang der Breite Straße zwischen Französisch Buchholz und Rosenthal/Nordend.

Probleme mit der Einreise nach Pankow bekommen auch jene, die es über die Wollankstraße versuchen. Auch diese Hauptverkehrsstraße wird seit September 2009 umfangreich saniert. Den ganzen Sommer und Herbst über wird im Wechsel jeweils eine Fahrbahnhälfte im Abschnitt zwischen der Einmündung Florastraße und der Schönholzer Straße wegen Bauarbeiten gesperrt. Und Anfang April begannen auch die zweijährigen Arbeiten an der Pankebrücke im Zuge der Schönholzer Straße und machen die Bundesstraße 96A an dieser Stelle zu einem weiteren Nadelöhr. Ganz zu schweigen von den Pankower Großbaustellen Friedrich-Engels-Straße, Blankenburger Straße und Pasewalker Straße.

Kritik an Baustellen

Das rege Baugeschehen hat auch die CDU-Fraktion in der Pankower BVV auf den Plan gerufen. »Wenn man so viele Baustellen auf so eng begrenztem Gebiet gleichzeitig betreibt«, so ihr Vorsitzender Johannes Kraft, »nimmt man entweder Behinderungen und Einschränkungen billigend in Kauf oder will mit diesen Schikanen Mobilität unterdrücken«. Wenige Monate zuvor beklagten bereits Pankower Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses von SPD, FDP und CDU in einem gemeinsamen offenen Brief ein »Baustellenchaos«. Kirchner sieht die Ursachen für diese massive Bautätigkeit vor allem in der Vergangenheit begründet: »Während mittlerweile in Prenzlauer Berg und Weißensee wichtige Straßen saniert wurden, ist in Pankow in all den Jahren seit der Wende so gut wie nichts passiert«. Manche Pläne, wie die für die Wollankstraße, lägen seit 1992 in der Schublade. »Jetzt ist das Geld dafür da, also wird es jetzt dafür ausgegeben«, zeigt er sich nicht zuletzt aus diesem Grund unnachgiebig, zumal der Zustand dieser Straßen unbestritten desaströs ist. Vielleicht sollten Pankowreisende zumindest im Sommer doch auf die S-Bahn vertrauen.



©Hartmut Seefeld

Pro Tag buddelt sich die Schildvortriebmaschine neun Meter durch den Untergrund der Berliner Straße.

nicht mehr von Prenzlauer Berg bis Pankow fahren«, beschwor kürzlich der Pankower Stadtrat für Öffentliche Ordnung und Verkehr, Jens-Holger Kirchner, die Zuverlässigkeit des seit geraumer Zeit in der Kritik stehenden Nahverkehrsdienstleisters. Doch so richtig Gehör fand er dort nicht. Nur wenige Tage nach seinem »Stoßgebet« verkündete die S-Bahn GmbH



©Hartmut Seefeld

Einzig diese Infosäule auf dem Caligariplatz erinnert in diesen Tagen an jene Zeiten, als Weißensee eine Filmstadt war.

Dem Glamour verschrieben

Bezirk soll an ehemalige Filmstadt Weißensee erinnern **Von Albrecht Molle**

Seit Anfang März liegt der BVV Pankow ein Antrag der SPD-Fraktion vor, im Rahmen des vor einigen Jahren eingerichteten touristischen Wegeleitsystems des Bezirks durch eine Informationsstele oder durch Gedenktafeln daran zu erinnern, dass sich zwischen 1912 und 1925 einer der größten Produktionsstandorte der deutschen Filmindustrie in Weißensee befand. Während das Anliegen im Kulturausschuss der BVV mehrheitlich Unterstützung fand, verwies der Leiter des Kommunalen Museumsverbands Pankow, Bernt Roder, darauf, dass bereits seit längerem eine Tafel in der Liebermannstraße sowie eine Stele auf dem Caligariplatz auf dieses Kapitel deutscher Filmgeschichte hinweisen, womit die Notwendigkeit entfallt, erneut aktiv zu werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Roland Schröder, meint dagegen, dass sich gegen den Vorschlag, die Bedeutung der Produktionsstätten in der damaligen Franz-Joseph-Straße, die 1951 nach dem Graphiker und Maler Max Liebermann umbenannt wurde, im Stadtbild deutlich sichtbarer zu machen,

wohl kaum prinzipielle Einwände erheben lassen.

Denn in den Studios, die Produzenten wie die Deutsche Vitascope, Continental, Decla und Fag auf den damals sehr preiswerten Grundstücken zwischen Franz-Joseph-Straße und Rennbahnstraße errichteten und von denen einige noch erhalten sind, entstanden Filme von Weltruhm. So zum Beispiel »Das Cabinet des Dr. Caligari«, der Prototyp des expressionistischen Films, aber auch Kassenschlager wie »Das indische Grabmal« sowie »Veritas vincit« (Die Wahrheit siegt), dessen spektakuläre Außenaufnahmen 1918 auf dem Gelände der nahe gelegenen Rennbahn entstanden. Erst als Inflation und Massenarmut, die Deutschland in den 20er Jahren heimsuchten, der Konjunktur im Filmgeschäft ein Ende setzten, wurden die Studios an der Liebermannstraße nach und nach geschlossen. Und nachdem 1933 die Nazis an die Macht gelangten, gingen Schauspieler, Regisseure und Produzenten, die wie Fritz Lang, Erich Pommer und Joe May Weißensee als Filmstandort weltbekannt gemacht hatten, in die Emigration.

Geld für Sporthallen

Baubeginn für Schulsporthalle für Ende Juli geplant **Von A. Molle**

Wenn das Sanierungsgebiet Komponistenviertel im Zentrum Weißensees jetzt bald per Rechtsverordnung aufgehoben wird, sind zwar viele, aber nicht alle jener Ziele erreicht, die bei seiner Festlegung Ende 1994 gesetzt worden waren. Das gilt vor allem für den Bau bzw. die Sanierung von Schulsporthallen. Umso erfreulicher ist es, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zugesagt hat, den Neubau einer Doppelsporthalle für die Picasso-Grundschule an der Gounodstraße und die benachbarte Schule im Komponistenviertel an der Smetanastraße sowie die Sanierung der Turnhalle in der Bizetstraße 64 auch nach Aufhebung der Sanierungssatzung noch zu finanzieren.

Der Bau der neuen Doppelsporthalle mit einer Nutzfläche von 1.450 m² auf den Grundstücken Smetanastraße 31/33, in deren Besitz der Bezirk durch einen Flächentausch gelangt ist, soll Ende Juli beginnen und vor Beginn des Schuljahres 2011/12 abgeschlossen sein. Die Halle wird dann auch von Vereinssportlern genutzt werden können. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stellt für das Vorhaben 1,5 Millionen EUR zur Verfügung. Weitere 1,7 Millionen EUR Baukosten werden mit Ausgleichsbeträgen finanziert, die Eigentümer in Sanierungsgebieten für die sanierungsbedingte Aufwertung ihrer Grundstücke an das Land Berlin zu entrichten haben. Für die Sanierung der im Bezirksvermögen befindlichen Turnhalle in der Bizetstraße 64, die Anfang 2011 beginnen soll, liegt inzwischen ebenfalls eine Finanzierungszusage der Senatsverwaltung in Höhe von 1,2 Millionen EUR vor. Der für das Komponistenviertel ermittelte Bedarf von 3.000 m² Hallensportfläche wird damit zu fast zwei Dritteln abgedeckt.

Stadtbad wird verkauft

Stiftung Denkmalschutz verhandelt mit drei Bietern **Von A. Molle**

Das historische Stadtbad in der Oderberger Straße, seit Jahren auch ein beliebter Filmdrehort, steht vor einem erneuten Besitzerwechsel. Die private Stiftung Denkmalschutz Berlin, die den zwischen 1899 und 1902 als städtische Volksbadeanstalt errichteten, seit 25 Jahren aber dem Verfall preisgegebenen Neorenaissancebau Ende 2006 von einer gescheiterten Anwohnergenossenschaft erworben hatte, sieht sich nicht in der Lage, ihr Konzept zu realisieren. Es sah die Einrichtung eines Vier-Sterne-Hotels, hochpreisige Gastronomie sowie umfangreiche Wellnessangebote vor. »Wir verkaufen das Bad weiter, da Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer unseren Antrag auf einen Sanierungskostenzuschuss von 2,5 Millionen Euro, ohne den wir die Sanierung des Gebäudes nicht wirtschaftlich finanzieren können, abgelehnt hat«, bestätigte jetzt der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Melcher, gegenüber »Vor Ort«. Zurzeit verhandle man mit drei Interessenten und erwarte einen baldigen Vertragsabschluss. Neben dem Kaufpreis von rund 100.000 EUR will die Stiftung vom Erwerber auch die bei der Erstellung ihres Konzepts entstandenen Kosten erstattet haben, die sich auf insgesamt ca. 300.000 EUR belaufen würden.

Einer der drei Bieter ist die private Sprachschule GLS, die 2006 in den ehemaligen Schulkomplex in der Kastanienallee eingezogen war und angesichts wachsender Schülerzahlen nun auch das angrenzende Stadtbad sanieren und in ihren Campus integrieren will.

Der Liegenschaftsfonds Berlin, der das Stadtbadgrundstück 2002 an die Anwohnergenossenschaft verkauft hatte, hat dem Bezirksamt mitgeteilt, dass er keinen Anlass sieht, einem Weiterverkauf entgegenzutreten.



©Hartmut Seefeld

Unter kundiger Beobachtung künftiger Spielplatznutzer befreit ein Saugbagger die Baumwurzeln von kontaminierter Erde.

Netzwerk für Lückekinder

Im Bötzowviertel wird ein neuer Spielplatz gebaut **Von Hartmut Seefeld**

Die Anwohner im Sanierungsgebiet Bötzowstraße haben in der jüngsten Vergangenheit einige herbe Rückschläge bezüglich wichtiger Investitionen in eine kinder- und jugendgerechte Infrastruktur für ihren Kiez erfahren müssen. Der ewig geplante Jugendklub in der alten Brauerei neben der Schwitters-Oberschule wurde gecancelt. Der Bau einer Sporthalle für die Schule wurde auf den St.-Nimmerleinstag verschoben, wie auch der Baubeginn einer Sporthalle in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße in den Sternen steht. Vor diesem Hintergrund ist der Bau eines neuen Spielplatzes auf dem 1.240 m² großen Eckgrundstück Hans-Otto-Straße 8-10/Hufelandstraße schon eine richtig frohe Botschaft. Denn auch die Umsetzung dieses Sanierungsziels stand lange Zeit auf der Kippe, erst zum Jahresende 2008 konnten die beiden Flächen von den Privateigentümern für das Land Berlin erworben werden. Insgesamt 330.000 EUR haben Senat und Bezirk freigegeben, um einen Spielplatz für Lückekinder herzurichten. Im Mittelpunkt der Planung des Berliner Landschaftsarchitekturbüros »pro garten«, die

nach einer umfangreichen Bürgerbeteiligung im Herbst 2009 ihren Segen bekam, stehen Netzbrücken, Netzunnel und ein Netzkorbschwinger. Auch ein Trampolin sowie eine Tischtennisplatte wird es geben.

Das Grundstück, einst mit Wohnhäusern bebaut, die im Krieg zerstört und deren Reste 1977 abgerissen wurden, diente lange Zeit als Lagerplatz für Kohlen und Stahleile, später als Parkplatz. Seit November wird das Areal von Altlasten befreit. »Wir tauschen die gesamte Bodenschicht bis mindestens 35 cm Tiefe aus«, erklärt Marina Hirschmüller vom Amt für Umwelt und Natur. Erhalten bleiben trotz des problematischen Standorts auf den mit Schutt verfüllten Kellern neun Ahornbäume. »Dafür haben sich die Anwohner besonders stark gemacht«, sagt Hirschmüller. Um trotzdem auch in den Wurzelbereichen der Bäume die Erde auszutauschen, kam hier Ende April erstmalig in Prenzlauer Berg ein Saugbagger zum Einsatz. Im Mai soll der Bodenaustausch abgeschlossen sein. Danach beginnt im Sommer der Bau des Spielplatzes, so dass er im Herbst eröffnet werden kann.

Brüderliche Gemeinschaft

Aus der Geschichte des Franziskanerklosters in Pankow Von Hartmut Seefeld

In den Annalen des Franziskanerordens hat der 5. Januar 1571 einen besonderen Stellenwert. An jenem Tag starb mit Otto von Golitz alias Bruder Petrus der letzte Franziskaner Berlins. Es dauerte dann 350 Jahre, ehe der Orden in der deutschen Hauptstadt einen Neustart versuchte. »Nach vielem Suchen und schwierigen Verhandlungen konnte der Verein des Schlesischen Franziskanerordens zur Heiligen Hedwig aus Breslau im Juni 1921 zunächst die Wollankstraße 19 und vier Wochen später auch die Wollankstraße 18 für ein Kloster erwerben«, sagt der heutige Vorsteher, Bruder Gregor. Die Gesamtfläche der beiden Grundstücke, die sich bis zur Wilhelm-Kuhr-Straße erstreckten, betrug über 13.000 m². Bebaut war das Areal mit einer Villa aus dem Jahre 1888, einem Wohnhaus aus Backstein aus dem Jahre 1876 und einem 1874 errichteten Gartenhaus. Die beiden ersten Ordensbrüder, Pater Johannes Impfung und Pater Joseph Kiera, eröffneten im Herbst 1921 im Gartenhaus den Klosterbetrieb, während die beiden Vorderhäuser noch von Pankower Bürgern bewohnt wurden. Schon bald setzte eine rege Bautätigkeit ein. Zunächst entstand hinter dem Gartenhaus ein Anbau mit vier Wohnungen, den die Franziskaner ihren Mietern als künftigen Wohnraum zur Verfügung stellten. Außerdem wurde neben dem Gartenhaus ein Konventsgebäude mit Sakristei und Kapelle errichtet, das Weihnachten 1925 bezogen wurde.

In den 30er Jahren belegte die örtliche NSDAP-Gruppierung Räume in der Villa Wollankstraße 18, wobei der Orden verhindern konnte, dass er seinen Versammlungsraum im Erdgeschoss des Hauses an die Hitlerjugend abtreten musste. Auch nach dem Weltkrieg interessierten sich politische Gruppierungen für das Klosterareal. Die SED mietete 1953 dort Räume an, die von der DDR-Gewerkschaft FDGB genutzt wurden.



©Hartmut Seefeld

Das Gartenhaus in der Wollankstraße 19 im Jahre 1921.

Ab 1978 war hier eine Versorgungseinrichtung des DDR-Ministerrats untergebracht. Ungeachtet dessen funktionierte das Klosterleben uneingeschränkt weiter. »Seelsorgerische und missionarische Dienste, auch Vertretungen in Gemeinden in Ostberlin und im Umland durch unsere Brüder waren selbstverständlich. Allerdings gibt aus diesen Jahren kaum Aufzeichnungen, offenbar war es untersagt, eine Chronik zu führen«, meint Bruder Gregor. Im Westteil Berlins wurde 1967 in Tempelhof ein Franziskanerkloster gegründet, das 1986 wieder aufgelöst wurde, als die Gemeinschaft die Sankt-Ludwig-Gemeinde in Wilmersdorf übernahm.

Nach dem Mauerfall kamen alle Einrichtungen des Ordens auf den Prüfstand der Glaubensgemeinschaft. Da traf es sich gut, dass zu jener Zeit die Franziskanerin Schwester Monika Hesse das Kloster in Pankow aufsuchte und eine Suppenküche für Bedürftige anregte. Das Interesse übertraf die Erwartungen deutlich. Waren es zur Eröffnung 1991 noch 10 bis 15 Gäste, stieg die Zahl bald auf bis zu 400 Besucher täglich an. Die soziale Arbeit wurde zur zentralen Aufgabe der Pankower Franziskaner. Bald gab es auch eine Kleiderkammer und eine Hygienestation. Nachdem bis 1995 die Bestandsgebäude saniert wurden, machten sich die Mönche daran, ein neues Umfeld für ihre Suppenküche zu entwickeln, denn viele Besucher nahmen ihre Mahlzeit unter freiem Himmel ein. So entstand zwischen 2002 und 2004 ein moderner Essensaal mit 300 Plätzen. Das preisgekrönte Bauwerk kostete 2,7 Millionen EUR, wobei 75 Prozent dieser Summe von der EU stammen. Den Eigenanteil finanzierte das Kloster aus dem Verkauf der rückwärtigen Flächen an eine Seniorenresidenz bzw. an den Betreiber einer Behindertenwerkstatt sowie aus Spenden. Das erfolgreiche Engagement hat dem Kloster wieder einen Platz in der Mitte der Berliner Gesellschaft verschafft. Das war nach dem Ableben des Otto von Golitz so nicht mehr unbedingt zu erwarten.



©Hartmut Seefeld

Neben dem Backsteingebäude aus dem Jahre 1876 steht der Essensaal, im Hintergrund ist das Konventsgebäude zu sehen.

Lebendigkeit im Lagerhaus

SchuleEins übernimmt Tabakspeicher der Garbáty-Fabrik Von Hartmut Seefeld

Das winzige Büro von Carmen Urrutia liegt strategisch perfekt im äußersten Winkel der dritten Etage des früheren Jüdischen Waisenhauses in Pankow. Auf der einen Seite kann sie auf die Berliner Straße schauen, auf der anderen Seite einen Blick auf die im wahrsten Sinne des Wortes größte Baustelle ihres bisherigen Schaffens werfen. »Am 16. April habe ich den Kreditvertrag mit der Bank unterzeichnet«, strahlt die Geschäftsführerin der Pankower Früchtchen gGmbH. Insgesamt sieben Millionen EUR fließen nun in den Umbau des ehemaligen Tabakspeichers der 1996 geschlossenen Zigarettenfabrik Garbáty an der Hadlichstraße. »Wir werden aus diesem Gebäude das Schulhaus für unsere SchuleEins machen, mit 18 Unterrichtsräumen, Werkstätten und einer Sporthalle im Zentrum des Hauses, die zugleich auch als Festsaal genutzt werden kann«, erklärt Urrutia. Die Einschulungsfeier für das kommende Schuljahr soll im Spätsommer bereits hier stattfinden. »Wenigstens die erste

Etage soll dann fertig sein«, meint die Bauherrin. Wer da auf die Baustelle schaut, der bekommt große Zweifel, wer Carmen Urrutia anschaut, wirft in dem Moment alle Zweifel über Bord.

Seit Sommer 2007 gibt es im früheren Jüdischen Waisenhaus die private SchuleEins in Trägerschaft der 1993 in Wilhelmsruh gegründeten »Pankower Früchtchen«. »Wir wollen ein lebenspraktisch orientiertes Lehren und Lernen ermöglichen, ohne das strenge Korsett nur einer pädagogischen oder konfessionellen Ausrichtung«, umschreibt Urrutia das Konzept, das derzeit über 170 Eltern davon überzeugt, ihre Kinder an dieser Schule in den Klassen 1 bis 5 unterrichten zu lassen. Dafür sind sie auch bereit, je nach Einkommen ein monatliches Schulgeld zwischen 92 und 350 EUR zu bezahlen. Und so platzt die Schule bereits aus allen Nähten. Die nun praktizierte Expansion in den benachbarten Speicher erscheint da zwar naheliegend, war aber längst nicht zwangsläufig.

Im Jahre 2005 hatte der Freu-

denstädter Investor Johannes Weil das gesamte, seit einem Jahrzehnt leer stehende Garbáty-Areal erworben. Gemeinsam mit dem Berliner Projektentwickler Maik Kettner warb er für die Idee, in den »Garbáty-Höfen« die staatliche Schauspielschule »Ernst Busch« anzusiedeln. Der vom Bezirksamt Pankow unterstützte Vorschlag stieß jedoch im Senat auf Vorbehalte. Nach einem umstrittenen Auswahlverfahren fiel die Entscheidung über den Campus im Sommer 2008 zu Gunsten eines teureren Standorts in der Chausseestraße in Mitte. Nach dem Scheitern verkaufte Weil das Produktionsgebäude der Zigarettenfabrik an den Würzburger Projektentwickler Wilhelm Hilpert. Der machte sich daran hier Wohnlofts zu planen und zu verkaufen. Doch das Geschäft erweist sich als schwierig. Eine Option, auch den Tabakspeicher zu erwerben, nahm er nicht mehr in Anspruch. So schlug die Stunde der SchuleEins. Vor einigen Monaten wurde ein langfristiger Mietvertrag zwischen »Pankower Früchtchen« und Weil vereinbart. Mit dem Berliner Bernhard Leisering wurde zudem ein Architekt für den Umbau gewonnen, der sich sowohl bei der Sanierung des Betsaals im einstigen Jüdischen Waisenhaus als auch beim Erhalt historischer Bausubstanz auf dem Alten Schlachthof in Prenzlauer Berg vielseitige Anerkennung erwarb. Die Verwandlung eines denkmalgeschützten, düsteren, von großen Lagerflächen geprägten Speichers in ein kleinteiliges lichtdurchflutetes und modernes Schulhaus stellt auch für ihn eine besondere Herausforderung dar.

Zu einer solchen könnte für die SchuleEins auch die Gründung der privaten Platanusschule direkt gegenüber im Gebäude der Pankower Post werden. Ihr Markenzeichen ist die Bilingualität des Unterrichts, gelehrt und gelernt wird dort in deutscher und englischer Sprache gleichermaßen. Carmen Urrutia sieht die Situation eher entspannt: »Es gibt einen ständig wachsenden Bedarf an Schulplätzen in Pankow, und in der einen oder anderen Frage könnte auch eine Kooperation möglich sein«. Ohnehin hat sie die Post von ihrem Büro aus immer im Blick.



©Hartmut Seefeld

Der tote Tabakspeicher mit fast 5.000 m² Nutzfläche wird als private Gemeinschaftsschule wiederbelebt.

Ein Haus im Umbruch

Von Sylvia Hoehne-Killewald und Bernd Scherbarth, Mieterberatung Prenzlauer Berg

Anlässlich der Premiere des Dokumentarfilms »Lychener 64« am 22. April (siehe Seite 7), in dem die Situation der Mieter dieses Hauses im Vorfeld der vom neuen Eigentümer geplanten Sanierung reflektiert wird, wollen wir in diesem Beitrag das seinerzeit dort durchgeführte Sozialplanverfahren und seine Ergebnisse darstellen.

Mietervotum

Die Mieterberatung Prenzlauer Berg wurde am 6. März 2005 vom Bezirksamt Pankow beauftragt, die Mieter des Hauses in der Lychener Straße 64 über den Antrag zur sanierungsrechtlichen Genehmigung von Baumaßnahmen zu informieren und ein Mietervotum zu den geplanten Veränderungen einzuholen.

Am 17. März 2005 haben wir die Mieter des Hauses zu einer Mieterversammlung eingeladen, auf der die vom Eigentümer geplanten Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorgestellt wurden. Dabei stellte sich schnell heraus, dass nicht zuletzt wegen der vorgesehenen Grundrissänderungen und Wohnungszusammenlegungen ein Verbleib der Mieter nach Sanierung durch den Eigentümer nicht gewünscht war. Im Rahmen der Mieterversammlung und auch in den anschließenden Einzelgesprächen mit den Mietern wurden diese ausführlich über die Rechte und Pflichten bei einer Privatmodernisierung informiert, auch über den wichtigen Aspekt, dass die Mieter mietrechtlich nicht gezwungen werden können, einer Wohnungszusammenlegung oder einer Grundrissänderung ihre Zustimmung zu erteilen. Da die Eigentümer im Rahmen eines Bauträgermodells die Wohnungen in der Lychener Straße 64 als Eigentumswohnungen vermarkten wollten, wurden die Mieter auch über die Mieterschutzrechte in diesem Zusammenhang informiert.

Komplettsanierung

Folgende Maßnahmen waren vom Eigentümer beantragt und letztendlich auch verwirklicht worden: Erneuerung der Sanitärstränge und Sanitärobjekte, Einbau/Modernisierung von Bädern, Verfließung in Bad und Küche, Einbauküchen, Erneuerung der Elektrostränge und Wohnungselektrik, Einbau einer Zentralheizung mit Warmwasserversorgung, Anbau von Balkonen, Dachgeschossausbau und Einbau von Aufzügen, Austausch der Fenster gegen Isolierglasfenster, Einbau einer zentralen Schließanlage, Instandsetzung von Fassaden, Kellern und Treppenhäusern, Erneuerung der Außenanlagen sowie die komplette Wohnungsrenovierung.

Verschiedene Interessen

Den vorgenannten Maßnahmen standen die betroffenen Mieter ablehnend gegenüber. Dies kam auch in den ersten haushaltsweisen Gesprächen mit den Mietern zum Ausdruck, und viele äußerten auch ihre Befürchtung, ausziehen zu müssen. Das Mietervotum sah zu Beginn des Verfahrens dann folgendermaßen aus: Von den zwanzig im Haus wohnenden Mietparteien votierten neun Mietparteien für eine Umsetzwohnung während der Sanierung und einen Rückzug in ihre sanierte Ursprungswohnung. Vier Mietparteien wünschten eine sanierte Ersatzwohnung als Endumsetzwohnung, drei Mietparteien votierten auch für eine endgültige Ersatzwohnraumversorgung, machten diese jedoch zunächst noch von entsprechenden Wohnungsangeboten abhängig. Drei Mietparteien waren unentschlossen, ob sie endgültig ausziehen oder nach Sanierung wieder zurückziehen. Eine Mietpartei wollte während der Baumaßnahmen im Haus bleiben, und ein Mieter wurde nicht erreicht. Ein solches Votum ist durchaus beispiel-

haft für viele Häuser in Prenzlauer Berg, in denen in der Vergangenheit eine Sanierung stattfand.

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Parallel zu den Mietergesprächen wurde zwischen dem Eigentümer und dem Bezirksamt Pankow ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Versorgung der Mieter mit Ersatzwohnraum während der Sanierung abgeschlossen. Der Bezirk verpflichtete sich darin, den Mietern der Lychener Straße 64 entsprechenden Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen, sowohl für eine Zwischen- als auch für eine Endumsetzwohnung. Der Eigentümer verpflichtete sich, entsprechende Modernisierungsvereinbarungen mit den Mietern abzuschließen, die damals noch geltenden Mietobergrenzen einzuhalten und Belegungsrechte für eigene Wohnungen nach Sanierung an das Bezirksamt abzutreten.

Umsetzwohnungen im Kiez

Die Belegungskoordination bei der Mieterberatung Prenzlauer Berg begann nunmehr entsprechend dem Mietervotum den sanierungsbetroffenen Mietern Ersatzwohnraum anzubieten. Dabei wurden die persönlichen und familiären Erfordernisse berücksichtigt. Am Ende dieses Prozesses zogen zwei Mieter wieder in ihre sanierte Ursprungswohnung mit einer Miete von jeweils 4,12 EUR/m² nettokalt zurück. Sieben Mieter wurden endgültig mit öffentlich geförderten Wohnungen zu Mieten zwischen 3,71 EUR/m² und 4,44 EUR/m² nettokalt versorgt. Zwei Mietparteien wurden mit belegungsgebundenen frei finanzierten Wohnungen zu einer Miete von jeweils 4,12 EUR/m² nettokalt endgültig versorgt. Diese elf vom Bezirksamt über die Mieterberatung zur Verfügung gestellten Wohnungen befanden sich in der Schliemannstraße, der Raumerstraße, der Lychener Straße, der Stargarder Straße, der Dunckerstraße, der Buchholzer Straße, der Lettestaße sowie in der Rykestraße. Neun Mietparteien haben ihre Angelegenheiten selbst geklärt, dabei sollen auch zum Teil erhebliche Abfindungssummen geflossen sein.

Genehmigter Börsengang

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat mit den Stimmen der Regierungsfractionen SPD und Linke sowie der FDP in einer Sondersitzung am 19. April den Börsengang für das Wohnungsunternehmen GSW genehmigt. Bereits 2004 hatte Berlin die einst kommunale Wohnungsbaugesellschaft an die Finanzinvestoren Cerberus und Whitehall verkauft. Im damaligen Vertrag war eine zehnjährige Verkaufssperre bis 2014 für das Gesamtunternehmen vereinbart worden. Für die vorfristige Freigabe erhält das Land Berlin insgesamt 30 Millionen EUR. Die sogenannten »Heuschrecken« wollen noch in diesem Sommer die GSW in eine AG umwandeln und die Aktien an der Börse zum Verkauf stellen.

Im Bezirk Pankow besitzt die GSW derzeit rund 4.350 Wohnungen, von denen sich 2.150 in Prenzlauer Berg, 1.300 in Pankow und rund 900 in Weißensee befinden. Wichtige Standorte sind die Storkower Straße/ Kniprodestraße in Prenzlauer Berg, das Kissingenviertel in Pankow und das Quartier an der Amalienstraße bzw. Schönstraße in Weißensee. Weitere 2.290 Wohnungen in unserem Bezirk werden von der GSW für Dritte verwaltet.

Straßenbaum Magnolie

Anlässlich des 58. Tages des Baumes pflanzte Bezirksbürgermeister Matthias Köhne am 26. April in der Naugarder Straße in Prenzlauer Berg eine Magnolie. Zeitgleich wurde aus einer Spen-

de des Bürgervereins »Naugarder Kreis e.V.« in Höhe von 450 EUR ein weiterer Magnolienbaum in eine leere Baumscheibe gesetzt. Der Verein bemüht sich sehr aktiv um weitere Nachpflanzungen und will in diesem Jahr mit einem Straßenfest zum 100jährigen Jubiläum der Naugarder Straße das Interesse der Anwohner für ihr



©Tobias Schietzelt

Bürgermeister Köhne (r.) beim gemeinsamen Magnolienpflanzen in der Naugarder Straße.

näheres Umfeld wecken. In der Straße stehen verschiedene ältere Kirschen und einige bereits 1998 gesetzte Magnolien.

In Prenzlauer Berg wurden in diesen Tagen weitere Pflanzungen vorgenommen, darunter 17 neue Ulmen in der Meyerheimstraße und drei Japanische Schnurbäume in der Maiglöckchenstraße. »All diese Maßnahmen entsprechen der bezirklichen Baumleitplanung, sie kosten ca. 24.000 EUR«, erklärt Bürgermeister Köhne.

Weiterer Aufzug

Am 26. April wurde am U-Bahnhof Senefelderplatz der Linie U2 in Prenzlauer Berg am nördlichen Ausgang erstmalig ein Aufzug in Betrieb

genommen. Die Baukosten betragen rund 750.000 EUR. Nach Angaben der BVG sind nunmehr insgesamt 71 Berliner U-Bahnhöfe mit einem Aufzug ausgestattet. Barrierefrei erreichbar sind damit 46 Prozent aller U-Bahnhöfe der Stadt. Im Rahmen der anstehenden Sanierung des Magistratsschirms erhalten im Bezirk Pankow in diesem

Jahr auch die U-Bahnhöfe der U2 Eberswalder Straße und Vinetastraße erstmalig einen Fahrstuhl.

Restaurierte Grabanlagen

Mit 224.000 EUR beteiligt sich die Bundesregierung in diesem Jahr an der Restaurierung von einsturzgefährdeten Wandgräbern auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee. Weitere 40.000 EUR kommen vom Land Berlin, 20.000 EUR von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. »Damit können wir jetzt zehn bedeutende Grabanlagen restaurieren und langfristig sichern«, freute sich Senatorin Ingeborg Junge-Reyer. »Sie gehören zu den äl-

sten Monumenten auf dem Friedhof, bestehen aus Marmor, Sandstein oder Granit, besitzen historistischen Schmuck oder dekorative Schutzgitter. Die Grabstätten liegen an der Einfriedungsmauer an einem der Hauptwege. Die Maßnahmen sind dringend erforderlich, um sie vor dem totalen Verlust zu retten«. Die Arbeiten beginnen im Frühsommer und sollen bis November 2010 dauern. Das vom Beauftragten für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, bewilligte Geld stammt aus dem Denkmalschutzprogramm des Bundes für national wertvolle Kulturgüter. Der 1880 angelegte Friedhof an der Herbert-Baum-Straße 45 ist mit fast 40 ha einer der größten jüdischen Friedhöfe weltweit.

Verkehrliche Zusammenarbeit

Ein Kooperationsvertrag zwischen der BVG und dem größten Carsharing-Anbieter Deutschlands, Greenwheels, ermöglicht seit dem 15. April BVG-Abonnenten günstigere Konditionen bei der kurzzeitigen Anmietung eines Autos, teilen die beiden Unternehmen in einer gemeinsamen Erklärung mit. Carsharing gilt als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr. Auf der Internetseite www.BVG.de/Carsharing wird das Projekt vorgestellt. Vergünstigt genutzt werden können Kleinwagen und Kombis. Buchungen seien schon ab 15 Minuten Dauer rund um die Uhr möglich. Die Verkehrsinitiative »carambolagen« aus Prenzlauer Berg kritisiert bei dem Angebot eine »völlig undurchsichtige Tarifstruktur« sowie das »Fehlen von Einweg-Mieten«.

Mieterberatung Prenzlauer Berg

Lettestraße 5, ☎ 44 33 810

Dienstag 14 bis 19 Uhr, Anwalt ab 17 Uhr,
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr,
mit Anwalt ab 16.30 Uhr;

Mieter Gebiet Humannplatz:

Donnerstag 10 bis 12 Uhr;

Mieter Gebiet Grelstraße/Ostseestraße:

Mittwoch 14 bis 16 Uhr (mit Anwalt);

Templiner Straße 17

Montag 15 bis 16.30 Uhr (mit Anwalt);

Käthe-Niederkirchner-Straße 12

Montag 17 bis 19 Uhr (mit Anwalt);

Gleimstraße 49/Eing. Koppenhagener Straße

Mittwoch 16.30 bis 19 Uhr (mit Anwalt).

Mieterberatung Weißensee – SPAS

Gürtelstraße 12, ☎ 91 20 58 13

Montag 15 bis 18 Uhr,
Dienstag 10 bis 13 Uhr, 17 bis 20 Uhr
mit Anwalt von 17 bis 20 Uhr,
Mittwoch 10 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr.

Mieterberatung Pankow – FSW

Florastraße 72, ☎ 48 55 308

Dienstag 10 bis 12 Uhr, 13 bis 18 Uhr
ab 16 Uhr mit Anwalt
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr.

S.T.E.R.N.

Sanierungsbeauftragte für Prenzlauer Berg

Schwedter Straße 263, ☎ 44 36 36 30

Planungsgruppe WERKSTADT

Sanierungsbeauftragte für Weißensee

10245 Berlin,
Boxhagener Straße 16
☎ 29 47 747

Büro für Stadterneuerung

Sanierungsbeauftragter für Pankow

10555 Berlin, Alt-Moabit 73
☎ 85 75 77 10

Bezirksamt Pankow

Sanierungsverwaltungsstelle

10407 Berlin, Storkower Straße 97
☎ 90 295 35 68 (Prenzlauer Berg)
☎ 90 295 35 81 (Pankow)
☎ 90 295 35 57 (Weißensee)

Betroffenen- vertretungen

Helmholtzplatz/Prenzlauer Berg

Kiezladen, Dunckerstraße 14
Mieterberatung Dienstag 18 Uhr,
ab 19 Uhr BV-Treffen;
e-mail: bv.helmi@gmx.de

Teutoburger Platz/Prenzlauer Berg

Templiner Straße 17
Mittwochs 18 bis 20 Uhr BV-Treffen

Bötzowstraße/Prenzlauer Berg

Niederkirchner-Straße 12;
☎ 4 25 11 00
1. und 3. Montag 19.30 Uhr BV-Treffen;
Mietrechtsberatung mit Anwalt:
jeden 1. und 3. Dienstag 18 bis 19 Uhr

Wollankstraße/Pankow

Florastraße 74; ☎ 43 72 47 25
1. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr BV-Treffen
Sprechzeit mittwochs 17 bis 19 Uhr

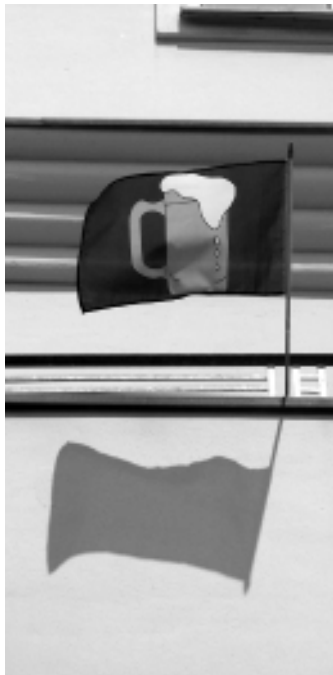


©Hartmut Seefeld

Pankows Bürgermeister Matthias Köhne eröffnete am 15. April in der Stargarder Straße 51 einen neuen Spielplatz. Das 817 m² große Grundstück im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz wurde 2008 für das Land Berlin angekauft. Die Arbeiten begannen im August 2008 und wurden im Dezember 2009 abgeschlossen. Dank der Bereitstellung zusätzlicher Gelder wurde im März 2010 noch ein neues Spielgerät aufgebaut. Die Gesamtkosten betragen 142.000 EUR, die von der Sanierungsverwaltungsstelle des Bezirksamts zur Verfügung gestellt wurden. Neben den diversen Spielmöglichkeiten für die Jüngsten lag der Gestaltungsschwerpunkt vor allem auf der Blockdurchquerung unter Einbeziehung des Grundstücks Ahlbecker Straße 16.

Impressum

Vor Ort wird herausgegeben von der Mieterberatung Prenzlauer Berg, Gesellschaft für Sozialplanung mbH Redaktion und V.i.S.d.P.
Hartmut Seefeld, ☎ 90 295 62 28
e-mail seefeld@vorort-redaktion.de
Albrecht Mollé, ☎ 90 295 62 29
Fax 90 295 62 30; Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Gestaltung Hartmut Seefeld
Titelfoto Alexej Brykowski
Vertrieb Agentur Meinicke
Druck MediaService GmbH
Redaktionsschluss: 30. April 2010



©Alexej Brykowski